

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet
unter: www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 29

vom 13. August 2010

Redaktion: Katja Richardt

Inneres

Innenbehörde verbietet den Arabisch-Deutschen Kulturverein „Taiba“2

Wirtschaft und Hafen

Individuelle Existenzgründungsberatung4

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Mehr Wohnungen an den Elbtreppen5

Mehr Tempo 30 Zonen für Hamburg6

Schule, Jugend und Berufsbildung

So kann „gute Schule“ gelingen.....9

Besuch im TheaterSprachCamp Neugraben11

Erster Jahresbericht der Hamburger Instituts für Berufliche Bildung vorgestellt13

Eltern der 5. Klassen an Starterschulen genießen Vertrauensschutz17

Datenschutz

Google Street View öffnet Online-Tool für Widersprüche.....18

Vorab-Widerspruch gegen Veröffentlichungen in Google Street View: So funktioniert's20

Sport

www.shemoves.hamburg.de - Mädchen in Bewegung22

Ehrungen

Jahrzehnte langer Einsatz für die Kleingärtner24

Zur Information

Terminkalender26

9. August 2010 / bfi09

Innenbehörde verbietet den Arabisch-Deutschen Kulturverein „Taiba“

Ehemalige Al-Quds-Moschee am Steindamm ab sofort geschlossen

Die Behörde für Inneres hat heute mit sofortiger Wirkung den „Taiba, Arabisch-Deutscher Kulturverein e.V.“ verboten. Der Verein ist Träger der Masjid Taiba-Moschee, die sich bis vor zwei Jahren noch Al-Quds-Moschee Hamburg nannte.

Am heutigen Montag, 9. August 2010, ab 6 Uhr ist die Verbotsverfügung dem Vorstand des Vereins zugestellt worden. Gleichzeitig wurden die Vereinsräumlichkeiten und die Wohnungen von führenden Mitgliedern des Vereins durchsucht und das Vereinsvermögen beschlagnahmt. Die Taiba-Moschee ist mit sofortiger Wirkung geschlossen worden.

Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus: "Hamburg darf nicht Wiege gewaltbereiter Islamisten sein. Wir haben heute die Taiba-Moschee geschlossen, weil dort junge Männer zu religiösen Fanatikern herangezüchtet wurden. Ein angeblicher Kulturverein hat hinter den Kulissen die Freiheiten unseres demokratischen Rechtsstaats schamlos ausgenutzt, um für den 'Heiligen Krieg' zu werben. Wir haben diesen Verein radikaler Extremisten heute verboten und damit dem verfassungsfeindlichen Treiben in der Moschee ein Ende gesetzt."

Die Moschee wurde im Jahr 2001 weltweit als die Moschee bekannt, in der sich seinerzeit die Attentäter vom 11. September trafen. Jüngste Ereignisse haben erneut gezeigt, dass sich die vom Verein abgehaltenen Schulungen, Predigten und Seminare ebenso wie die auf der Homepage des Vereins veröffentlichten Texte nicht nur gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten, sondern dass sie auch Zuhörer und Leser radikalisieren. Besonders deutlich wurde dies im Zusammenhang mit einer Personengruppe, die zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet im Frühjahr 2009 aus Deutschland ausreiste, nachdem sie zuvor regelmäßig Veranstaltungen des Vereins besucht hatte. Eine dieser Personen trat später in einer deutschsprachigen Videobotschaft auf, in der zum „Heiligen Krieg“ aufgerufen wurde.

Innensenator Christoph Ahlhaus: „Der Verein hat kontinuierlich über die letzten Jahre bis heute eine jihadistische, aggressive und demokratiefeindliche Ideologie und

Religionsauffassung verbreitet. Organisationen, die sich in aggressiv-kämpferischer Weise gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richten, dulden wir nicht. Ich betone aber auch ausdrücklich, dass sich die Maßnahme nicht gegen die Mehrheit der friedliebenden und rechtstreuen Muslime in Hamburg richtet.“

Das Verbot des Vereins und die damit einhergehende Schließung der Moschee am Steindamm setzen ein deutliches Zeichen dafür, dass die Sicherheitsbehörden gegen extremistische und verfassungswidrige Tätigkeiten jetzt und auch in Zukunft entschlossen vorgehen werden.

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Thomas Butter und Ralf Kunz, Tel. 0 40 – 42839-2670 u. -2678,

E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

12. August 2010/bwa12

Individuelle Existenzgründungsberatung

Neues Interessenbekundungsverfahren startet

Mit einem Anteil von über 14 % Selbständigen an allen Erwerbstätigen weist Hamburg einen Spitzenwert unter allen deutschen Bundesländern aus. Die hohe Gründungsdynamik in der Stadt war und ist ein wichtiger Faktor für die im Bundesvergleich überdurchschnittliche Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung. Nachhaltige Existenzgründungen bleiben auch in Zukunft wesentliche Faktoren für das weitere Wachstum von Einkommen und Beschäftigung.

Das Gründungsgeschehen in Hamburg wie auch bundesweit wird dabei zunehmend durch Gründungen aus Erwerbslosigkeit bestimmt. Um insbesondere für diese Gründungen sowie für freiberufliche und Nebenerwerbsgründungen ein ausreichendes und qualitativ hochwertiges Beratungsangebot sicherzustellen, sucht die Behörde für Wirtschaft und Arbeit zum 01.01.2011 einen Anbieter für die Existenzgründungsberatung.

Der Träger soll eine individuelle und neutrale Beratung gerade für Gründungswillige aus Erwerbslosigkeit bieten und nicht nur auf den üblichen Feldern der Gründungsberatung (Unterstützung bei der Erarbeitung von Businessplänen, Akquise, Steuern, Buchhaltung etc.) fundiert beraten, sondern auch entsprechendes Know-how in der realistischen Abschätzung von Gründungsrisiken aufweisen. Außerdem soll der Träger im Rahmen des Hamburger Programms „Förderung der Gründung von Kleinstunternehmen durch Erwerbslose“ Antragsteller unterstützen, Anträge entgegennehmen und die Gründungs- und Kreditausfallrisiken entsprechender Vorhaben qualifiziert bewerten.

Interessierte und geeignete Träger können ihre Projektvorschläge bis zum 20. September 2010 bei der Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Amt für Strukturpolitik, Arbeitsmarkt, Agrarwirtschaft, Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg einreichen. Detaillierte Informationen zum Interessenbekundungsverfahren erhalten sie unter:

<http://www.hamburg.de/bwa/berater-gesucht/>

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627 oder -2239

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

5. August 2010 / bsu05

Mehr Wohnungen an den Elbtrepfen

SAGA GWG plant Modernisierung und Bau weiterer Wohnungen an den Elbtrepfen

Das städtische Wohnungsbauunternehmen SAGA GWG plant den Neubau mehrerer Häuser an den Elbtrepfen im Hamburger Stadtteil Neumühlen. Die neuen Gebäude sollen drei ältere Häuser ersetzen, die wegen ihrer schlechten Bausubstanz abgerissen werden müssen. Diese älteren Häuser enthalten insgesamt acht Wohnungen, von denen derzeit drei bewohnt sind. Die übrigen denkmalgeschützten Gebäude des Ensembles bleiben erhalten und werden modernisiert.

Durch den Neubau werden voraussichtlich 13 Wohnungen zusätzlich entstehen, ein Beitrag zur nötigen und immer wieder geforderten Schaffung von mehr Wohnraum in Hamburg. Ein Teil der neuen Wohnungen wird aus öffentlich gefördertem Wohnraum bestehen. Dies gilt auch für die weiter bestehenden Wohnungen in den alten Gebäuden. Alle Mieterinnen und Mieter in den hinteren Häusern behalten ihre Wohnungen, deren Qualität durch die Modernisierung erheblich verbessert wird. Den drei Parteien in den abzureißenden Häusern wird günstiger Wohnraum im Neubau angeboten.

Für die Planung der Neubauten hat SAGA GWG einen offenen Wettbewerb eingeleitet. Mehrere Architektenbüros wurden aufgefordert, städtebauliche Entwürfe zur Neubebauung zu liefern. Das Vorhaben befindet sich noch in einem sehr frühen Planungsstadium, so dass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Abriss- oder Bauanträge vorliegen. Schon heute steht fest: Obwohl zusätzliche Wohnungen entstehen, wird die Höhe der Bebauung sich an den Dimensionen des bestehenden Ensembles orientieren.

Die grundsätzliche Idee des jetzigen Entwurfes mit der Mischung aus Modernisierung und Neubau reicht ca. ein Jahr zurück. Bereits damals stand fest, dass ein möglichst großer Teil der alten Häuser abhängig von der Bausubstanz und städtebaulichen Erfordernissen erhalten bleiben und dass ein Großteil der Wohnungen öffentlich gefördert werden solle. Diese Entscheidung wurde gemeinsam von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, dem Bezirksamt Altona und der SAGA GWG getroffen.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann@bsu.hamburg.de.

13. August 2010/bsu13

Mehr Tempo 30 Zonen für Hamburg BSU empfiehlt für 41 Straßen neue Tempo 30 Zonen

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt schlägt nach einer Abstimmung mit Polizei, Feuerwehr, Verkehrsbetrieben und Wirtschaftsbehörde für zunächst 41 Straßen die Einrichtung neuer Tempo 30 Zonen vor. Überprüft wurden in einem ersten Schritt 60 Straßen, beziehungsweise Straßenabschnitte, die der BSU überwiegend von den Bezirken, teilweise auch von anderer Seite, vorgeschlagen wurden. Da noch zahlreiche weitere Vorschläge vorliegen, werden noch weitere Straßen geprüft. Die jetzt vorgeschlagenen Straßenabschnitte haben eine untergeordnete Bedeutung für den Durchgangsverkehr. Belange des Linienbusverkehrs und der Feuerwehr wurden berücksichtigt.

„Insbesondere in Wohngebieten steigern Tempo 30 Zonen Sicherheit und Lebensqualität. Wir haben damit in Hamburg sehr gute Erfahrungen gemacht. Ich hoffe, dass die Bezirke insbesondere die neuen Tempo 30 Zonen nun zügig einführen, bei denen das ohne viel Aufwand möglich ist. Schon bald kann so in zahlreichen weiteren Hamburger Straßen das Miteinander von Autofahrern, Fußgängern und Radfahrern verbessert werden“, sagte Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk.

Tempo 30 Zonen steigern die Sicherheit, bessern die Luftqualität und mindern den Lärm. So wird bei einer Geschwindigkeitsreduzierung von 50 auf 30 km/h von einer durchschnittlichen Minderung des Lärms von 2 bis 4 Dezibel (db(A)) ausgegangen, was einer Halbierung des Verkehrs entspricht.

Die BSU wird die Straßen nun den Bezirken zur Einführung von Tempo 30 empfehlen. Es liegt dann an den Bezirken, die Vorschläge in Abstimmung mit der örtlichen Straßenverkehrsbehörde zügig umzusetzen. Dort, wo kleinere Baumaßnahmen nötig sind, hängt das auch von der Mittelverfügbarkeit ab. Weitere Vorschläge werden bald folgen.

Anlage: Liste der vorgeschlagenen Straßen

Rückfragen: Helma Krstanoski, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 20 58, oder -3063, -3249, helma.krstanoski@bsu.hamburg.de

Straßen, die den Bezirken zur Einführung von Tempo 30 Zonen vorgeschlagen wurden:

Straßen mit geringem Aufwand (in der Regel nur eine Beschilderung nötig) sind grau hinterlegt; bei den übrigen sind (in der Regel kleinere) Baumaßnahmen nötig.

lfd. Nr.	Bezirk Harburg	von	bis
1	Bissingstraße	Buxtehuder Straße	Schwarzenbergstraße
2	Dubben		
3	Haackestraße	Schwarzenbergstraße	Weusthoffstraße
4	Sinstorfer Weg (im Bebauungsbereich)	Langenbeker Weg	Sinstorfer Kirchweg
5	Estedeich	Cranzer Hauptdeich	Landesgrenze
	Bezirk Hamburg-Mitte	von	bis
6	Billufer	Horner Rampe	Daniel-Bartels-Weg
7	Fährstraße	Veringstraße	Reiherstieg
8	Prassekstraße	Neuenfelder Straße	Hinter der Dorfkirche
9	Veringstraße	Vogelhüttendeich	Hans-Sander-Straße
	Bezirk Hamburg-Nord	von	bis
10	Lessingstraße	Eilenau	Güntherstraße
11	Willistraße	Maria-Louisen-Straße	Sierichstraße
12	Dithmarscher Straße	Stormarner Straße	Straßburger Straße
13	Katharina-Jacob-Weg	Alsterkrugchaussee	Paeplowweg
14	Weg Nr. 173	Rathbusch	Katharina-Jacob-Weg
15	Weg Nr. 174	Paeplowweg	Weg Nr. 173
16	Rathbusch	Klotzenmoor	Weg Nr. 173
17	Max-Nonne-Straße	(Wohngebiet, Sackgasse)	
18	Lupinenkamp	(Sackgasse nördl. Hummelsb. Kirchenweg)	
19	Flughafenstraße	Langenhorner Ch.	Ohkamp
20	Wolffsonweg		
21	Heubergredder	Bebelallee	Alsterdorferstraße

	Bezirk Altona	von	bis
22	Parkstraße	Elbchaussee	Jungmannstraße
	Bezirk Wandsbek	von	bis
23	Dorfwinkel	Im Alten Dorfe	Im Alten Dorfe
24	Groten Hoff	Eulenkrugstraße	Uppenhof
25	Kupferteichweg	Harksheider Straße	Kiwittredder
26	Rockenhof	Claus-Ferck-Straße	Schwimmbad
27	Tegelweg (im Bebauungsbereich)	Am Luisenhof (nördl. Swebenbrunnen)	Farmsener Höhe
28	Tegelweg	Farmsener Höhe	Rönkkoppel
29	Lottbeker Weg (im Bebauungsbereich)	Bergstedter Chaussee	Rügelsberg
30	Rügelsberg (im Bebauungsbereich)	Wohldorfer Damm	Lottbektal
31	Busbrookhöhe	Berner Herrweg	Zamenhofweg
32	Schierenberg	Fasanenweg	Saseler Straße
33	Wolliner Straße	Bargtheider Straße	Oldenfelder Straße
34	Zamenhofweg	Busbrookhöhe	Bekassinenu
	Bezirk Eimsbüttel	von	bis
35	Alsterterrasse	Alsterufer	Mittelweg
36	Alsterufer	Alsterglaci	Harvestehuder Weg
37	Neue Rabebstr.-Siegf.-Wedells-Pl.	Alsterglaci	Mittelweg
38	Schlankreye	Bogenstraße	Grindelberg
39	Warburgstraße	Alsterglaci	Alsterterrasse
40	Emil-Andresen-Straße		
41	Lohkoppelweg		

9. August 2010/bsb09

So kann „gute Schule“ gelingen

1500 Lehrkräfte bilden sich auf der „Schulanfangstagung“ vom 10. bis 20. August im Landesinstitut fort

Während sich die Hamburger Schülerinnen und Schüler noch bis zum 18. August am Strand, in den Bergen oder zu Hause vom letzten Schuljahr erholen, beginnt am 10. August für viele Hamburger Lehrkräfte wieder die Schule: Vom 10. bis 20. August bilden sich am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) 1.500 Grundschul-Lehrkräfte im Rahmen der „Schulanfangstagung“ in rund 130 Veranstaltungen fort.

Auf dieser größten Fortbildungsveranstaltung des Landesinstituts erhalten Lehrkräfte, die sich auf ihre neuen Anfangsklassen vorbereiten wollen, viele Anregungen für ihren Unterricht – von praxisbezogenen Workshops („Arbeiten mit Naturmaterialien“) bis hin zu grundsätzlichen Reflexionen der Lehrerrolle und der Lernkultur („Wertschätzend lehren“). Allein 170 Lehrkräfte bereiten sich an vier Tagen auf den neuen Englischunterricht ab Klasse 1 vor.

Senatorin Christa Goetsch: „Auch nach dem Volksentscheid bleiben wesentliche Elemente der Schulreform auf der Tagesordnung: Individualisierung des Unterrichts, Englisch ab Klasse 1, Lernvereinbarungen, Lernentwicklungsgespräche. Es freut mich deshalb besonders, dass sich bereits 1500 Grundschullehrkräfte für die diesjährige Schulanfangstagung angemeldet haben.“

Jedem Kind gerecht werden

Die fachbezogenen Workshops und Seminare auf der „Schulanfangstagung“ unterstützen einen Unterricht, der von den Fähigkeiten und Kenntnissen des einzelnen Kindes ausgeht und mit differenzierten Methoden und handlungsorientierten Aufgaben jedem Kind gerecht werden soll. Viele Veranstaltungen vermitteln den Lehrerinnen und Lehrern die Kompetenzen, die für diesen individualisierten Unterricht erforderlich sind, wie z. B. „Methoden für die Durchführung selbstständigen Arbeitens“ oder „Mit Lernvereinbarungen das eigenverantwortliche Lernen unterstützen“.

Eine neue Lernkultur

Auf dem Weg zu einer neuen Lernkultur mit einem individualisierten methodisch vielfältigen, geöffneten Unterricht bewegen sich die Lehrkräfte im Spannungsverhältnis zwischen Beratung („Natürlich darfst du Fehler machen“) und Bewertung („Du hast einen Fehler gemacht, deshalb bewerte ich deine Leistung jetzt so“). Sie wollen klare und transparente Leistungsrückmeldungen geben und gleichzeitig die Schülerinnen und Schüler wertschätzend unterstützen und fördern. Deshalb steht die größte Veranstaltung der Tagung unter der Überschrift „Wie eine gute Autorität gelingen kann – Reflexionen zur Lehrerrolle“ (Mo. 16.08.2010, 14-17 Uhr).

Die „Schulanfangstagung“ am Landesinstitut bietet den Hamburger Lehrerinnen und Lehrern die Möglichkeit, sich mit ihrem zentralen (Alltags-)thema zu beschäftigen: Wie kann guter Unterricht gelingen?

Rückfragen:

Brigitte Köhnlein
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
040.42863.2003
0172.4247071
brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

Aktuelles zur Hamburger Schuloffensive:
www.schulreform.hamburg.de

9. August.2010/bsb09a

Besuch im TheaterSprachCamp Neugraben

Bildungssenatorin Christa Goetsch begeistert von Lernatmosphäre

„Ein großartiges Projekt und eine besonders anregende Lernatmosphäre.“ Mit diesen Worten umschrieb Bildungssenatorin Christa Goetsch ihren Eindruck des TheaterSprachCamps Neugraben. Es ist eines von neun Sprachcamps in dem ca. 280 Drittklässler drei Wochen lang die nötige Förderung mit täglichen Theater- und Sprachworkshops erhalten. Denn Deutsch verstehen, sprechen, schreiben und lesen stellt für viele Kinder eine schwer überwindbare Hürde im Schulalltag dar. Deshalb veranstaltet das Jugenderholungswerk Hamburg bereits zum vierten Mal TheaterSprachCamps.

Bildungssenatorin Christa Goetsch: „Das Zusammenwirken von Sprach-, Theater- und Freizeitpädagogik motiviert und verbindet das Lernen der Sprache mit Spaß und Kreativität.“

Hamburger TheaterSprachCamps

Die TheaterSprachCamps sind Bestandteil des Hamburger Sprachförderkonzepts und Kooperationsprojekt der Behörde für Schule und Berufsbildung mit der Universität Hamburg, dem Jugenderholungswerk Hamburg e.V., der academie crearTat und dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI).

Im Rahmen der Ferienfreizeit leben Mädchen und Jungen aus unterschiedlichen Kulturen und Sprachen drei Wochen zusammen. Sie haben einen ausgeprägten Sprachförderbedarf und sind verpflichtet, an zusätzlichen Sprachfördermaßnahmen teilzunehmen. Im Camp nehmen sie fünf Tage pro Woche an vierstündigen Werkstätten in den Bereichen Sprache und Theater teil. Hinzu kommen gemeinsame Freizeitaktivitäten und Rituale des Zusammenlebens, wie gemeinsame Mahlzeiten oder allabendliche Vorleserunden. Ein Kinderbuch bietet Impulse für das Theaterspielen und die spielerische Aneignung der Sprachförderschwerpunkte Lesen und Grammatik. Die Betreuer erkennen die Potenziale der Kinder, fördern sie in ihrer individuellen Sprachentwicklung und Ausdrucksmöglichkeit und stärken damit ihr Selbstbewusstsein. Durch die zusätzliche räumliche Entfernung zum gewohnten Lebensumfeld entsteht so eine intensive Lernatmosphäre.

Um den wissenschaftlich belegten positiven Lerneffekt auch dauerhaft zu sichern, beobachten die Betreuer die Kinder ihrer Gruppe vor und nach dem TheaterSprachCamp in

ihren Schulen und sprechen mit den Lehrkräften. Jedes Kind erhält ein Camp-Buch, in dem es seine Arbeit in den Camps dokumentiert und das es nach dem Camp mit in die Schule nimmt. So können die Lehrkräfte an das dort Gelernte anknüpfen. Zudem haben sie die Möglichkeit, an Workshops teilzunehmen, in denen sie die Methoden aus dem TheaterSprachCamp kennenlernen, um diese auch in ihrem Unterricht aufzugreifen.

Jeweils zum Beginn eines Jahres schreibt die Behörde für Schule und Berufsbildung alle Schulen an und verteilt Info-Flyer. Die Lehrkräfte wählen die Schülerinnen und Schüler aus und melden sie beim Jugenderholungswerk an. Die nächste Anmelderunde startet Anfang 2011.

Zum Abschluss der TheaterSprachCamps findet am 15. August 2010 das zentrale Abschlussfest aller TheaterSprachCamps im Bürgerhaus Wilhelmsburg statt. Hier führen die Kinder für ihre Eltern, Lehrer, Freunde und die Fachöffentlichkeit eigene kleine Theaterproduktionen auf und stellen ihr Camp an Messeständen vor.

Ansprechpartnerin:

Ulrike Kutsch
Jugenderholungswerk Hamburg e.V.
T: (040) 251 20 55
F: (040) 25 92 24
E: ulrike.kutsch@jugenderholungswerk.de

Rückfragen:

Johanna Götze-Weber
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
T: (040) 428 63 – 2541
F: (040) 427 966 - 148
E: johanna.goetze-weber@bsb.hamburg.de

10. August 2010/bsb10

Erster Jahresbericht der Hamburger Instituts für Berufliche Bildung vorgestellt

Reform der Beruflichen Bildung: Jedem Jugendlichen eine Chance auf Ausbildung

Bildungssenatorin Christa Goetsch hat heute den ersten Jahresbericht des im Jahr 2007 gegründeten Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (HIBB) vorgelegt und aus diesem Anlass den Stand der Reform der beruflichen Bildung dargestellt. „Eine gute Ausbildung legt die Grundlage für ein erfolgreiches, selbstbestimmtes und anerkanntes Leben – und gleichzeitig braucht Hamburg gut ausgebildete Fachkräfte. Unser Ziel ist deshalb, dass allen Hamburger Jugendlichen der Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung oder ein Studium gelingt und dass mehr Jugendliche höhere und bessere Bildungsabschlüsse erreichen“, sagt Christa Goetsch bei der Vorstellung. Die wichtigsten Neuerungen:

- Allgemeinbildende und berufsbildende Schulen arbeiten zukünftig zusammen, um eine frühe, systematische und wirkungsvolle Berufsorientierung anzubieten.
- Die neue Ausbildungsvorbereitung richtet sich an Jugendliche, die noch nicht die notwendige Ausbildungsreife haben.
- Das Hamburger Ausbildungsmodell bietet Chancen für ausbildungsreife Jugendliche ohne Ausbildungsplatz.
- Der Erwerb höherer Bildungsabschlüsse in der dualen Ausbildung wird ermöglicht.

Einführung einer systematischen Berufs- und Studienorientierung

Jede der 51 neuen Stadtteilschulen hat im letzten Jahr mit mindestens einer berufsbildenden Schule einen Kooperationsvertrag abgeschlossen, um eine frühzeitige und systematische Berufs- und Studienorientierung einzuführen mit festen Ansprechpartnern für die einzelnen Schüler sowie einem individuellen Berufs- und Studienwegeplan. Die berufsbildenden Schulen setzen für diese neue Aufgabe insgesamt 28 Stellen ein. Seit Mai 2010 läuft ein Fortbildungs- und Unterstützungsangebot. Ab dem Schuljahr 2010/11 startet die Berufsorientierung in allen Abschlussklassen der Stadtteilschulen. Außerdem beginnt die Erprobung der Berufsorientierung in der 8. Klasse an sechs Schulen der Modellregionen Billstedt-Horn, Elbinseln und Lurup/Osdorf. Flächendeckend soll die neue Berufsorientierung ab der 8. Klasse mit dem Schuljahr 2011/12 eingeführt werden.

Anschlussorientierte Ausbildungsvorbereitung

Die neue ganztägige Ausbildungsvorbereitung (AV) richtet sich an nicht ausbildungsreife Jugendliche und startet ab August 2010 mit 96 Schülerinnen und Schülern in den berufsbildenden Schulen G 8 und G 12. Die Lerninhalte orientieren sich an den Rahmenbedingungen einer Ausbildung, in kooperierenden Betrieben werden begleitete Praktika abgeleistet. Für jede Einzelne und jeden Einzelnen wird nach Möglichkeiten des

direkten Übergangs in die duale Ausbildung und der Anrechenbarkeit der AV-Zeit gesucht. Hierbei werden die positiven Erfahrungen aus dem „Sonderprogramm Ausbildung 2009“ des Senats genutzt.

Hamburger Ausbildungsmodell mit Berufsqualifizierung

Für schulpflichtige Jugendliche, die trotz Ausbildungsreife keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, ist das „Hamburger Ausbildungsmodell“ mit der Berufsqualifizierung (BQ) konzipiert worden. Die Ausbildung im ersten Jahr wird entsprechend den Anforderungen des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung. Die Ausbildung findet in der Schule und einem kooperierenden Betrieb oder in überbetrieblichen Ausbildungsstätten statt. Für die Pilotphase stehen ausreichend Plätze für begleitende Praktika in Hamburger Betrieben zur Verfügung. Ziel ist es, dass die Jugendlichen von den Betrieben in die duale Ausbildung übernommen werden. Die BQ wird ab August 2010 für die beiden Ausbildungsberufe Restaurantfachfrau/-mann und Metallbauer/in an der Staatlichen Gewerbeschule für Gastronomie und Ernährung (G 11) bzw. der Staatlichen Gewerbeschule Stahl- und Maschinenbau (G 1) für ein Jahr erprobt. Eine Begleitung der Jugendlichen während der Praxisphasen wird sichergestellt. Weitere Berufe kommen ab August 2011 dazu.

Bessere Durchlässigkeit zum Erwerb höherer Bildungsabschlüsse

- Zusätzlicher Erwerb der Fachhochschulreife: Ab dem Schuljahr 2010/11 gibt es die Möglichkeit, im Rahmen eines Schulversuchs an vier berufsbildenden Schulen (W 4, W 8, G 15 und H 7) innerhalb von drei Jahren zusätzlich zu einem dualen Ausbildungsabschluss die Fachhochschulreife zu erwerben, indem man an einem um ca. 600 Stunden erweiterten Unterricht teilnimmt. Ab dem Schuljahr 2011/12 wird das Angebot an allen Berufsschulen eingeführt. Auch in den vollqualifizierenden Berufsfachschulen wird der Erwerb der Fachhochschulreife angeboten. Im Schuljahr 2009/10 wurde dieses Angebot in den Berufsfachschulen Freizeitwirtschaft an der Staatlichen Handelsschule Berliner Tor (H 18) und der kaufmännischen Medienassistenten an der Beruflichen Medienschule Hamburg-Wandsbek (H 8) eingeführt. In allen anderen Berufsfachschulen wird dieses Angebot im nächsten Schuljahr schrittweise eingeführt.
- Neue Schulform Berufsoberschule zum Erwerb der Hochschulreife: Im neuen Schulgesetz wurde die Berufsoberschule als neues Angebot für Jugendliche mit einer beruflichen Vorqualifizierung (Berufsausbildung/langjährige Berufstätigkeit) verankert. Zukünftig wird es möglich sein, auf der Grundlage einer Berufsausbildung und einer mindestens fünfjährigen einschlägigen Berufstätigkeit innerhalb von zwei Jahren die Hochschulreife zu erlangen. Die Bildungspläne werden im nächsten Schuljahr erarbeitet, die Einführung der BOS ist für das Schuljahr 2011/12 geplant.
- G 3 mit neuem Angebot für Bäckerei-Azubis mit Fach- und Hochschulreife: Die Staatliche Gewerbeschule Ernährung und Hauswirtschaft (G 3) bietet zum neuen Schuljahr einen auf zwei Jahre komprimierten Bildungsgang an, der in besonderem

Maße zur Betriebsführung befähigt. Das Konzept sieht vor, leistungsstarke Auszubildende mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife in besonderen Klassen zu unterrichten. Dabei erhalten sie über den regulären Berufschulunterricht hinaus eine vertiefte, erweiterte Ausbildung. Aus Anlass des doppelten Abiturienten-Jahrgang in Hamburg starteten die Bäcker-Innung Hamburg, die Konditoren-Innung Hamburg, die G 3 und die Handwerkskammer Hamburg diese gemeinsame Ausbildungsinitiative, um deutlich mehr höher qualifizierte Schulabgänger für das Bäcker- und das Konditoren-Handwerk zu werben

- Berufsausbildung und Bachelor-Examen: Angehende Immobilienkaufleute erhalten ab Herbst 2010 das Angebot, parallel zu ihrer Berufsausbildung das Bachelor-Studium aufzunehmen. Hierzu kooperiert die Staatliche Handelsschule mit Wirtschaftsgymnasium Schlankreye (H 3) mit der Bochumer Fachhochschule EBZ Business School. So kann man im Alter von etwa 23 Jahren den Lehrabschluss und den Bachelor erwerben. In Hamburg gibt es ähnliche Modelle bisher schon an der Berufsschule für Spediteure (H 14) und für Schifffahrtskaufleute (H 18).

Einführung individualisierter Lehr- und Lernkonzepte an den berufsbildenden Schulen

Im Rahmen der Bildungsoffensive des Hamburger Senats hat das HIBB die Entwicklung „individualisierter Lehr- und Lernkonzepte“ mit allen berufsbildenden Schulen in Ziel- und Leistungsvereinbarungen festgeschrieben. Dabei kann auf die Erfahrungen zurückgegriffen werden, die 31 berufsbildenden Schulen in den vergangenen Jahren in Projekten mit Unterstützung des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) erarbeitet haben. Die Weiterbildung von rund 60 Lehrerinnen und Lehrern der berufsbildenden Schulen zum Lerncoach werden zusätzlich Impulse geben. In Zusammenarbeit mit der Christian-Albrechts-Universität Kiel fanden hierzu zwei einjährige Weiterbildungsstudiengänge statt.

Aufbau eines systematischen Qualitätsmanagements

Mit allen Hamburger berufsbildenden Schulen ist der systematische Aufbau eines Qualitätsmanagements bis 2012 vereinbart. Dadurch soll die Unterrichtsqualität systematisch und zielgerichtet verbessert werden. Im Sommer 2009 sind – als erste der Hamburger Schulen – die Handelsschulen Holzdamm (H 11), Anckelmannstraße (H 1), Altona (H 6) und Kellinghusenstraße (H 13) für ihr Qualitätsmanagement mit dem „QZS-Qualitätssiegel“ ausgezeichnet worden. 40 Lehrerinnen und Lehrer aus 23 berufsbildenden Schulen schlossen im September 2009 und im Februar 2010 das berufsbegleitende Zertifikatszusatzstudium zum Gestalter und Berater für schulisches Qualitätsmanagement ab. Das Studium ist in Trägerschaft des Vereins zur Förderung der wissenschaftlichen Weiterbildung der Universität Dortmund e.V. in Kooperation mit der TU Dortmund, dem LI, der Fachhochschule Nordwestschweiz und dem HIBB durchgeführt worden. Das Netzwerk Qualitätsentwicklung unterstützt die berufsbildenden Schulen in der Praxis. Auf bisher fünf Netzwerktreffen mit über 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurden der fachliche Austausch ermöglicht und „Best Practice“ Beispiele vorgestellt.

Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens

Mit Gründung des HIBB wurde gleichzeitig ein kaufmännisches Rechnungswesen in der Zentrale und in den 45 berufsbildenden Schulen eingeführt. Dadurch sind wichtige Grundlagen für ein modernes Finanzcontrolling gelegt. Ab dem Haushaltsjahr 2010 werden alle berufsbildenden Schulen ihre Wirtschaftspläne selbst erstellen und mit den schulischen Gremien abstimmen.

Die erste kaufmännische Gewinn- und Verlustrechnung des HIBB in 2008 wies einen Jahresüberschuss aus, 2009 einen Jahresfehlbetrag von rund 1,9 Millionen Euro, ein gegenüber dem Plan um rund 600.000 Euro besserer Abschluss. Mehraufwendungen im Bereich der Bewirtschaftung, Bauunterhaltung, bezogene Leistungen, Abschreibungen und Beihilfe stehen Mehrerlöse bei den Leistungsentgelten als Folge der Besoldungs- und Tarifierhöhungen entgegen. Das Investitionsvolumen liegt in 2008 mit 5,4 Millionen Euro und 2009 mit 6,6 Mio. Euro deutlich über der Veranschlagung von 3,6 Millionen Euro.

Rückfragen:
Brigitte Köhnlein
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
040.42863.2003
0172.4247071
brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

12. August 2010/bsb12

Eltern der 5. Klassen an Starterschulen genießen Vertrauensschutz

In den letzten Tagen hat die Initiative „Wir wollen lernen“ in verschiedenen Massenmails Behauptungen aufgestellt, die die Eltern der Fünftklässler an den 23 Starterschulen verunsichern müssen. Deshalb die folgende Klarstellung:

Mit den Eltern der Fünftklässler an den Starterschulen wurde zum 1.8.2010 ein Schulverhältnis begründet. Den Eltern ist von der Behörde mitgeteilt worden, dass Ihre Kinder an der betreffenden Schule angenommen worden sind und dort im Schuljahr 2010/11 die 5. Klasse besuchen können. Dadurch haben sie Vertrauensschutz und damit das Recht erworben, dass ihre Kinder den zugesagten Schulplatz auch bekommen.

Die Behörde darf das eingegangene Schulverhältnis deshalb nicht aufkündigen und die Kinder zwangsweise umschulen. Die Eltern selber können jedoch jederzeit ihre Kinder ummelden, wenn sie dies wünschen.

Die Behörde für Schule und Berufsbildung wird die Eltern in einem weiteren Brief informieren und Beratung anbieten.

Rückfragen:
Brigitte Köhnlein
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
040.42863.2003
0172.4247071
brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de



Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

10. August 2010

Datenschutzbeauftragter fordert: Sorgfalt statt Schnelligkeit

Google Street View öffnet Online-Tool für Widersprüche

Google hatte sich gegenüber dem Hamburgischen Datenschutzbeauftragten im letzten Jahr verpflichtet, im Rahmen eines 13-Punkte-Katalogs bei der Umsetzung des Dienstes Google Street View zum Teil deutlich über die Standards anderer Ländern hinausgehende Vorkehrungen zum Schutz des informationellen Selbstbestimmungsrechts zu gewährleisten.

Anfang der nächsten Woche will Google nun das angekündigte Online-Tool für Widersprüche in Google Street View starten. Damit wird die Möglichkeit eröffnet, vor Veröffentlichung der Street View-Bilder einen Vorab-Widerspruch gegen die Abbildung von Gebäude- und Grundstücksansichten einzulegen und umzusetzen. Die Widerspruchsfrist endet mit Schließung des Tools, frühestens 4 Wochen nach seiner Öffnung.

Die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde Hamburg wurde Ende letzter Woche über den Start des Online-Tools informiert. „Es hat mich sehr überrascht“, so Johannes Caspar, der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, „am Donnerstag vergangener Woche zu erfahren, dass das Tool bereits ab Anfang nächster Woche frei geschaltet werden soll. Meine Bedenken, das komplexe Widerspruchsverfahren so kurzfristig in Gang zu setzen, wurden leider nicht berücksichtigt.“ Diese kurzfristige Einführung des Widerspruch-Tools, eine Terminwahl, die den Beginn der Widerspruchsfrist in die Sommerferien verlagert sowie die Tatsache, dass Google es ablehnt, eine Telefon-Hotline einzurichten, um die Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu beantworten, lassen durchaus Zweifel aufkommen, ob Google an einer einfachen und bürgerfreundlichen Umsetzung der Vorab-Widersprüche interessiert ist. Ein Verfahren, für das eine Frist in Gang gesetzt wird, muss sorgfältig vorbereitet, abgestimmt und angekündigt werden. „Hier verpasst Google die Chance, verloren gegangenes Vertrauen durch eine bürgerfreundliche Umsetzung der mit uns vereinbarten Zusagen zurückzugewinnen“, so Caspar.

Außerdem hatte Google zugesagt, den Umgang mit den Daten der Widersprechenden von der Entgegennahme des Widerspruchs bis zur endgültigen Löschung bzw. Unkenntlichmachung der Bilder ausführlich zu beschreiben. Die Beschreibung dieser Datenverarbeitungsprozesse steht noch aus. Dazu Caspar: „Wir erwarten, dass uns diese Informationen vor Öffnung des Tools vorgelegt werden. Nur dann ist es uns möglich, den Bürgern, die ihre persönlichen Daten zur Durchsetzung des Vorab-Widerspruchs zur Verfügung stellen müssen, zur Teilnahme an diesem Verfahren zu raten.“

Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit hat sich daher heute mit einem Schreiben an den Vorstand der Google Inc. gewandt und darin noch einmal deutlich gemacht, dass die Verantwortung für die Umsetzung der Vorgaben für das Widerspruchsrecht bei Google liegt. Nur dann, wenn wirklich alle Voraussetzungen für ein datenschutzgerechtes, transparentes und faires Verfahren umgesetzt sind, ist das von Google zur Verfügung gestellte Verfahren als Erfüllung der von Google übernommenen Verpflichtungen zu werten.

Kontakt/ Rückfragen:

Prof. Dr. Caspar, Tel. 428 54 - 4040



Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

13.8.2010/ds13

Vorab-Widerspruch gegen Veröffentlichungen in Google Street View: So funktioniert's

Im Zuge der Verhandlungen über die Einführung des Internetdienstes Google Street View in Deutschland hat sich Google im letzten Jahr dem Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit gegenüber schriftlich zur Gewährleistung eines Vorab-Widerspruchsrechts für Bürgerinnen und Bürger bekannt. Dies ist die Grundlage dafür, dass jeder Einzelne selbst darüber entscheiden kann, ob die ihn betreffenden Ansichten im Internet verfügbar sein sollen oder nicht. Dies gilt für die Ansichten von Häusern und Grundstücken, aber auch für die Abbildung von Personen und Kfz, soweit deren Standort bei den Kamerafahrten bekannt war.

Die Abstimmung über die Details des von Google zugesagten Widerspruchsverfahrens zwischen den Datenschutzbehörden und Google ist im Verlauf der letzten Woche aufgrund der Pläne Googles, bereits nächste Woche mit dem Widerspruchsverfahren zu beginnen, mit Hochdruck erfolgt. Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Johannes Caspar, informiert über das Widerspruchsverfahren ab heute auf der Website seiner Behörde unter www.datenschutz.hamburg.de:

„Das komplexe Widerspruchsverfahren bringt es mit sich, dass nicht alle erdenklichen Fragen vorab im Detail beantwortet werden können. Ich denke jedoch, wir haben in unserer Handreichung, die mit anderen Datenschutzbehörden abgestimmt wurde, die wesentlichsten Informationen zusammengestellt, die die Bürger benötigen, um sich zuverlässig über die angebotenen Möglichkeiten zu informieren. Hier wird erklärt, wogegen und wie der Widerspruch eingelegt werden kann und welche Gründe dafür sprechen, sich für einen Widerspruch zu entscheiden.“

Wichtig ist in diesem Zusammenhang:

- Widerspruch kann auch eingelegt werden, ohne das Internet zu benutzen. Das Informationsmaterial hierfür kann bei uns postalisch angefordert werden.
- Widerspruch ist auch über die von Google angegebenen Fristen hinaus möglich.

- Um sicherzustellen, dass die Ansichten bereits beim Start von Google Street View im Internet unkenntlich gemacht werden, kann **Vorab-Widerspruch** eingelegt werden. Dies führt dann auch dazu, dass Google die entsprechenden Daten im Rohdatenbestand, d.h. in den Originalaufnahmen zu löschen hat.

Auch vor dem Hintergrund der gestarteten Informationskampagne weist der Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit der Freien und Hansestadt Hamburg darauf hin, dass er an seiner Kritik einer übereilten Terminplanung von Google festhält: „Leider habe ich bis heute keine Antwort auf mein Schreiben vom Vorstand der Google Inc. in Kalifornien erhalten. Ich muss daher davon ausgehen, dass an der Terminplanung von Google, das Online-Tool für Widersprüche Anfang der nächsten Woche freizuschalten, festgehalten wird. Eine von uns geforderte und von Google bereits im letzten Jahr zugesicherte Beschreibung der Datenverarbeitungsprozesse, insbesondere im Zusammenhang mit den durch den Widerspruch erhobenen Widersprechendendaten, soll uns erst heute erreichen.“

Ich weise darauf hin, dass wir erwarten, dass Google bei der Durchführung des Widerspruchsverfahrens alle nötigen Vorkehrungen trifft. Klar ist: Es wird bei dem zu erwartenden Massenverfahren auch Fehler geben. Dies ist menschlich. Aber es muss organisatorisch alles getan werden, damit die Widersprüche sorgfältig vor Online-Betrieb des Dienstes Google Street View abgearbeitet werden.“

Kontakt/ Rückfragen:

Prof. Dr. Johannes Caspar, Tel. 428 54 - 4040

10. August 2010/bksm10

www.shemoves.hamburg.de - Mädchen in Bewegung

Neue Internetseite hilft Mädchen und jungen Frauen bei der Suche nach passenden Sportangeboten

Das richtige Fußballteam für Mädchen, ein Hip-Hop-Kurs mit gleichzeitiger Kinderbetreuung oder ein Karate-Lehrgang für junge Einsteigerinnen – solche und andere Angebote werden Mädchen und junge Frauen bald auf der Internetseite www.shemoves.hamburg.de finden. Mit praktischen Suchfunktionen können sie und ihre Eltern schnell und bequem das passende Sport- und Bewegungsangebot in der Nähe Ihres Wohnortes finden.

Das von der Behörde für Kultur, Sport und Medien ins Leben gerufene Portal ist das erste dieser Art in Hamburg: Es bietet eine gebündelte Übersicht über Sport- und Bewegungsangebote speziell für Mädchen und junge Frauen. Ziel ist es, Mädchen Kurse und Räume anzubieten, in denen sie unbefangen und unter sich Sport treiben können. Das Besondere: Auf www.shemoves.hamburg.de erscheinen nicht nur Kurse von Sportvereinen, sondern auch Bewegungsangebote von Tanzstudios, Stadtteilzentren, Häusern der Jugend und Kulturvereinen.

„shemoves zeigt, wie vielfältig die Möglichkeiten für Mädchen in der Sportstadt Hamburg sind. Die Internetseite bietet gerade auch Mädchen mit Migrationshintergrund, die in traditionellen Sportvereinen nicht allzu stark vertreten sind, attraktive Anknüpfungspunkte“, erklärt Staatsrat Dr. Manfred Jäger. Es gehe darum, die Mädchen stärker für Sport und Bewegung zu begeistern. Das stärke nicht nur die Fitness, sondern auch Mut und Selbstvertrauen der jungen Frauen.

Choreographie-Wettbewerb zum Start der Internetseite

Schon jetzt können Sportanbieter ihre Daten auf der Webseite eingeben. Der offizielle Launch der Internetseite www.shemoves.hamburg.de findet am 18. August 2010 statt. Zur Bekanntmachung der neuen Internetseite hat die Behörde für Kultur, Sport und Medien zu einem Tanz-Contest aufgerufen. Dafür haben zahlreiche Mädchengruppen Tanz- oder Kampfkunst-Choreografien gefilmt und eingereicht. Die sieben erfolgreichsten Gruppen

treten am 3. September 2010 um 18 Uhr auf dem STAMP-Festival (Internationales Festival der Straßenkünste Hamburg) gegeneinander an. Eine Jury mit Vertretern aus Sport und Kultur der Stadt Hamburg bewertet die Gruppen und kürt die Gewinnerinnen. Die drei Gewinnerteams des Live-Contests erhalten attraktive Preise.

www.shemoves.hamburg.de – das Portal für Hamburgerinnen aus aller Welt ist ein Projekt der Behörde für Kultur, Sport und Medien der Freien und Hansestadt Hamburg.

Druckfähiges Bildmaterial können Sie im Internet auf der Seite www.shemoves.hamburg.de unter der Rubrik „Projektinfos“ herunterladen.

Für Rückfragen:

Claudia Fregiehn
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 207
claudia.fregiehn@bksm.hamburg.de

11. August 2010/bsu11

Jahrzehnte langer Einsatz für die Kleingärtner

Im Rathaus wurde Ingo Kleist für sein Engagement mit dem Bundesverdienstorden ausgezeichnet

Ingo Kleist, Vorsitzender des Landesbundes der Gartenfreunde in Hamburg (LGH), hat heute von Umweltsenatorin Anja Hajduk im Rathaus den Bundesverdienstorden überreicht bekommen. Durch zahlreiche ehrenamtliche Engagements hat er sich auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene um das Kleingartenwesen verdient gemacht. Ingo Kleist ist seit 1984 Landesvorsitzender des LGH und wurde zuletzt 2008 für weitere vier Jahre in diesem Amt bestätigt. Zehn Jahre lang (1997 – 2007) war Ingo Kleist - als Präsident des Bundesverbandes der Gartenfreunde - der maßgebliche Ansprechpartner in sämtlichen Fragen, die das Kleingartenwesen auf Bundesebene betreffen. In dieser Funktion vertrat Ingo Kleist auch die Interessen der deutschen Kleingärtner im „Office International du Coin de Terre et des Jardins Familiaux“, dem europäischen Dachverband. In Hamburg tut er dies als Landesvorsitzender seit 1984.

Senatorin Anja Hajduk sagte: „Mit großem Engagement und hat sich Ingo Kleist von Beginn an für die Anliegen der Kleingartenpächter stark gemacht. In seinen Funktionen auf Europa-, Bundes- und Landesebene hat er sich unermüdlich und wirkungsvoll für die 1,24 Millionen Kleingärtner in Deutschland eingesetzt, hat informiert und aufgeklärt. Dieser Einsatz verdient, gebührend gewürdigt zu werden.“

Seine Ziele für die Entwicklung eines modernen Kleingartenwesens waren und sind, u.a. Kleingärten für Erholungssuchende in das öffentliche Grünflächensystem einzubinden, ökologische Leitbilder für Kleingärten zu entwickeln und die – insbesondere für Großstädte wichtigen – kulturell-integrativen Aspekte des Kleingartenwesens zu fördern. Darüber hinaus hat er sich für den Erhalt der Schutzbestimmungen des Bundeskleingartengesetzes stark gemacht.

In Hamburg hatte sich Ingo Kleist u.a. frühzeitig dafür eingesetzt, dass eine Kleingartenfläche zentraler Veranstaltungsort und zentrales Thema für die Internationale Gartenschau 2013 wird. Durch seine Bestrebungen ist es ihm gelungen, den Imagewandel der Kleingärtner im Sinne eines modernen Kleingartenwesens maßgeblich mit zu begleiten. Hervorzuheben ist

auch sein Engagement im Förderverein des Deutschen Kleingartenmuseums in Leipzig. Dieses Museum – 1896 eingeweiht als Vereinshaus des ersten deutschen Schrebervereins (Namensgeber war der Leipziger Arzt Moritz Schreber) – ist in seiner Art weltweit einmalig und dokumentiert die Geschichte des Kleingartenwesens. Heute stellt es darüber hinaus ein wichtiges Bindeglied der Kleingärtner aus den neuen und den alten Bundesländern dar.

Informationen zu Kleingärten in Hamburg:

In Hamburg gibt es 310 Kleingartenvereine mit insgesamt 33.000 Pächtern/Parzellen. Wichtigste Funktion des Kleingartens ist immer noch seine soziale Bedeutung. So kommen auch einkommensschwächere Menschen in den Genuss eines Gartens, ohne ein Haus erwerben zu müssen. Auch der Wunsch, den eigenen Kindern eine geschützte Möglichkeit zum Spielen im Freien und zum Umgang mit der Natur zu gewähren, ist weiteres zentrales Motiv. Die Beliebtheit der eigenen kleinen „Scholle“ wächst vor allem bei jungen Menschen. So liegt das Durchschnittsalter der Kleingärtner heute bei 47 Jahren. 1998 lag es noch bei 56 Jahren.

Für Rückfragen: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle, Tel.: 040 / 428 40 – 3063

Terminkalender

Vom 18. August bis 22. August 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Mittwoch, den 18.08.2010

18:00 Kampnagel, Jarrestr. 20, 22303 Hamburg
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein Grußwort zur **Eröffnung der 1. Internationalen Sommerakademie.**

Donnerstag, den 19.08.2010

10:00 Rathaus, Turmsaal
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert begrüßt eine **Delegation der Osaka Youth International Exchange Federation**, die im Rahmen eines Jugendaustausches Hamburg besuchen.

11:00 Eintracht Lokstedt, Döhrnstr.2
Staatsrat Dr. Manfred Jäger setzt den ersten **Spatenstich anlässlich des Baubeginns für den Kunststoffrasenplatz.**

12:30 Rathaus, Phönix- und Bürgermeistersaal
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält ein Grußwort anlässlich eines **Senatsfrühstücks für Verfolgte ehemalige Hamburgerinnen und Hamburger.**

15:00 Seniorenresidenz Alsterpark, Rathausstraße 7
Senator Dietrich Wersich nimmt teil an der **Podiumsdiskussion mit Auszubildenden der „vhw-Wohnen im Alter GmbH“ zum Thema „Die Ausbildung zum Altenpfleger – ein Beruf mit Zukunft!?“.**

15:00 Haus der Gerichte, Lübeckertordamm 4
Senator Dr. Till Steffen spricht anlässlich der **Verlegung des Stolpersteins für Dr. Franz Oppens vor dem Haus der Gerichte.**

Freitag, den 20.08.2010

11:00 Tessenowweg 3, 22297 Hamburg
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht ein Grußwort anlässlich der **Einweihung der Photovoltaik-Anlage der Beruflichen Schule für Wirtschaft und IT City Nord H7.**

11:00 Rathaus, Bürgermeistersaal
Senator Dr. Till Steffen spricht ein Grußwort anlässlich des **Senatsempfangs der Abschlussfeier der Summer Academy 2010 der Internationalen Stiftung für Seerecht.**

17:00 Campus Forschung des UKE
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein Grußwort anlässlich der **Informationsveranstaltung des Sonderforschungsbereichs 841**

„Leberentzündung“.

- 19:00** Alter Hamburger Jachtclub im Petroleumhafen, Jachtweg 10, 21129 Hamburg
Senator Axel Gedaschko spricht ein Grußwort anlässlich **des 90jährigen Bestehens der Buss-Gruppe.**
- 20:00** Alte Schlosserei der Aurubis AG
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck, Senatorin Dr. Herlind Gundelach und Staatsrat Dr. Nikolas Hill besuchen das **Konzert im Rahmen des Schleswig-Holstein Musik Festivals unter dem Motto „Polen im Plus“.**
- Samstag, den 21.08.2010**
- 10:00** Rudergesellschaft HANSA e.V. Schöne Aussicht 39
Staatsrat Dr. Manfred Jäger spricht ein Grußwort zum **Start der 1. Benefizregatta ‘ Rudern gegen Krebs‘ zur Förderung des Projektes Sport und Krebs.**
- 18:15** Imtech-Arena, Sylvesterallee, 22525 Hamburg
Senator Christoph Ahlhaus besucht im Rahmen der **Aktion „Hamburger Weg“ das Fußballspiel HSV – FC Schalke 04 in der Imtech Arena.**
- Sonntag, den 22.08.2010**
- 11:00** Sasel-Haus e.V., Saseler Parkweg 3
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält ein Grußwort zur **Festveranstaltung anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Sasel-Haus e.V.**
- 18:00** Lufthansa Technik, Basis Hamburg, Hangar 7
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht im **Rahmen des Schleswig-Holstein Musik Festivals die Airport Symphony.**